

Ausschnitt aus dem Grün-Schwarzen Koalitionsvertrag

"INTERNATIONALE HANDELSABKOMMEN TRANSPARENT UND FAIR VERHANDELN“

Die bilateralen Verhandlungen der Europäischen Union (EU) mit dem für Baden-Württemberg wichtigsten Wirtschaftspartner USA und anderen Ländern über Handelsabkommen bzw. Handelspartnerschaften wie die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zielen auf den Abbau bestehender Handelshemmnisse und die Schaffung eines klaren Rahmens für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher. Darin liegen aus Landessicht Chancen, aber auch Risiken.

Die Zustimmung zu internationalen Handelsvereinbarungen der EU werden wir von der Einhaltung unserer für die EU vereinbarten Standards in den Bereichen Verbraucherschutz und Verbraucherrechte, Arbeitsschutz, Umweltschutz, Datenschutz, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung, kommunale Daseinsvorsorge, Kultur, Bildung und öffentliche Gerichtsbarkeit bei Investor-Staats-Klagen abhängig machen. Außerdem treten wir dafür ein, dass das Recht auf Regulierung und die Verwirklichung berechtigter politischer Ziele auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann. Das Eckpunktepapier der Landesregierung vom 17. März 2015 ist die Basis für die Bewertung der Ergebnisse.

Wir setzen uns dafür ein, dass TTIP und weitere geplante Abkommen transparent verhandelt werden. Den bestehenden TTIP-Beirat des Landes werden wir fortsetzen, um den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zu intensivieren und auf die Verhandlungen in Brüssel mittelbar Einfluss nehmen zu können.